



Bundesinformatik 2016–2019

Faktenblatt Nr. 12 - 31. Januar 2018

Die Digitalisierung und die Cyber-Sicherheit – sie standen im vergangenen Jahr im Fokus. Auch der Bundesrat sowie das Parlament haben darüber debattiert und Massnahmen beschlossen. Welche Auswirkungen hat dies auf die Umsetzung der aktuellen IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 und wie steht es aktuell mit der Umsetzung des IKT-Masterplans? Das vorliegende Faktenblatt liefert dazu die wichtigsten Informationen.

1. Einleitung

Die Massnahmen des Masterplans 2017 zur IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 sind in Umsetzung. Die nachfolgenden Kapitel berichten über den aktuellen Stand und gliedern sich in die 3 Stossrichtungen der IKT-Strategie:

- Stossrichtung 1: [Geschäftsausrichtung der IKT](#)
- Stossrichtung 2: [Steuerung und Führung der IKT](#)
- Stossrichtung 3: [Erbringung der IKT-Leistungen](#)

Ebenfalls haben die Diskussionen rund um die Digitalisierung wie auch die Cyber-Sicherheit das vergangene Jahr geprägt.

Digitalisierung und digitale Transformation

Mit der Strategie «Digitale Schweiz» besteht eine wichtige Basis für die digitale Transformation. Auch sind verschiedene Bestrebungen und erste Transformationsvorhaben, wie das Programm DazIT (Überführung des Zolls ins digitale Zeitalter), in der Bundesverwaltung im Gange. Die Digitalisierung wird nicht nur neue Technologien, sondern auch neue Arbeitsweisen mit sich bringen. Dies weckt hohe Erwartungen, auch an den Bund: Die Bundesinformatik muss künftig personell und technisch in der Lage sein, mit dieser Dynamik Schritt zu halten. Aus diesem Grund hat der Bundesrat am 6. September 2017 erste Massnahmen beschlossen: Der Zeitplan zur Umsetzung der elektronischen Identität (E-ID) soll überprüft und eine gemeinsame Verwaltung der Stammdaten in der Bundesverwaltung angestrebt werden, siehe Kapitel 3.1. Zudem will der Bundesrat die nächste E-Government-Strategie Schweiz beschleunigen, damit das Ziel von medienbruchfreien Prozessen über alle föderalen Ebenen rascher erreicht werden kann.

Die Digitalisierung wird - in der ohnehin angespannten finanzpolitischen Lage - einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf für die dafür notwendigen IKT-Infrastrukturen und -Plattformen erfordern: Eine übergreifende Priorisierung der IKT-Vorhaben ist dazu von grosser Wichtigkeit. Deshalb hat der Bundesrat im vergangenen September auch die Harmonisierung des IKT-Portfoliomanagements beschlossen, siehe Kapitel 3.1.

Zudem hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) entschieden, das bestehende Fachwissen in seinem Departement zu bündeln und die vorhandenen Kenntnisse weiterzuentwickeln. Dazu wird eine «Plattform Digitalisierung (DIP)» aufgebaut, mit welcher - unabhängig vom bestehenden Betrieb - in vorerst kleineren Projekten innerhalb des EFD Erfahrungen mit neuen Technologien und deren praxisorientierter Anwendung gewonnen werden. Der operative Start der Plattform erfolgte am 1. Januar 2018.

Auch die Tagung Bundesinformatik vom 12. September 2017 widmete sich den Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung und bot unter anderem interessante Einblicke in weit fortgeschrittene Länder wie Dänemark. Dort hat eine reale Transformation bereits stattgefunden: Seit 2011 ist es für Bürgerinnen und Bürger obligatorisch, mit den Behörden digital zu kommunizieren.

Cyber-Sicherheit

Am 7. Dezember 2017 hat sich das Parlament für eine Motion des Ständerats J. Eder ausgesprochen und den Bundesrat beauftragt, im Rahmen der Überarbeitung der nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) ein Kompetenzzentrum Cyber-Sicherheit



auf Stufe Bund zu schaffen. Damit sollen die bestehenden Aktivitäten der Bundesverwaltung rund um die Cyber-Sicherheit besser koordiniert und Kräfte konzentriert werden.

Die NCS für 2018–2022 ist in Erarbeitung und wird dem Bundesrat in diesem Frühjahr unterbreitet. In der Umsetzung werden auch die Auswirkungen auf die Bundesinformatik geprüft werden.

Dokumentation

[IKT-Strategie 2016–2019 / Masterplan 2017](#)

[Programm DaziT](#)

[Bisherige Faktenblätter Nr. 1-11](#)

2. Stossrichtung 1: Geschäftsausrichtung der IKT

Zweck dieser Stossrichtung ist, den IKT-Einsatz konsequent am Geschäft auszurichten. Dadurch sollen die Verwaltungseinheiten IKT-Leistungen erhalten, die ihre Anforderungen zeitnah, sicher, wirtschaftlich und in der geforderten Qualität erfüllen. Die Arbeiten sind auf Kurs.



2.1 Sourcing

Die Erarbeitung der «IKT-Sourcing-Strategie des Bundes 2018–2023» mit den Leitlinien zum Sourcing von intern produzierten oder extern bezogenen Leistungen sowie dem internen oder externen Betrieb von Fachanwendungen, ist auf der Zielgeraden und soll wie geplant Ende März 2018 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2.2 Supportprozesse

Für die Informatik-Unterstützung der Supportprozesse (Finanzen, Personalmanagement, Beschaffung, Logistik und Immobilienbewirtschaftung) setzt die Bundesverwaltung seit vielen Jahren SAP ein. Der aktuell genutzte Software-Release im Bereich Enterprise-Resource-Planning

(ERP) wird jedoch per Ende 2025 von der Firma SAP nicht mehr unterstützt. Mit der Strategie «ERP-IKT 2023» soll die Ausrichtung der IKT-Unterstützung der Digitalisierung der Supportprozesse festgelegt werden.

Am 28. Juni 2017 hat der Bundesrat beschlossen, mit der Umsetzung der ERP-IKT-Strategie als ERP-Kernsystem zur Unterstützung der Supportprozesse der zentralen Bundesverwaltung künftig die neue Business Suite SAP S/4HANA basierend auf der HANA-Technologie einzusetzen.

Im Rahmen des Projekts «SUPERB23» werden zurzeit die Strategie sowie die Botschaft ans Parlament erarbeitet, um den benötigten Verpflichtungskredit zu beantragen. Der Bundesrat soll im April 2018 beide Dokumente verabschieden sowie Aufträge für die Umsetzung erteilen.

2.3 Standarddienste

IKT-Standarddienste (SD) sind Informatikleistungen, welche die Verwaltungseinheiten des Bundes in gleicher oder ähnlicher Funktionalität und Qualität benötigen. Sie werden vom Bundesrat inkl. Marktmodell (Leistungsumfang, Leistungserbringung usw.) festgelegt und zentral vom ISB geführt. Auch im vergangenen Halbjahr konnten wichtige Meilensteine erreicht werden.

Bestehende Standarddienste

Zurzeit führt das ISB folgende SD:

- Datenkommunikation (DAKO)
- Büroautomation/UCC (BA/UCC) inkl Sprachkommunikation
- Verzeichnisdienste
- Identitäts- und Zugangsverwaltung (IAM)





Aktuelles zu den bestehenden SD:

Büroautomation/UCC (BA/UCC)

Der SD BA/UCC beinhaltet die Ausgestaltung der Arbeitsplatzsysteme des Bundes. Als Leistungserbringer (LE) sind das BIT und die FUB festgelegt.

Im Rahmen der vollständigen Umsetzung des Marktmodells BA/UCC fehlt nur noch der Entscheidung, ob resp. wie weit die MeteoSchweiz ihre Büroautomation zum BIT migrieren wird.

Der Betrieb der BA des EDA wird in eine, über die BA hinausgehende kooperative, Leistungserbringung der beiden LE (IT EDA und BIT) überführt. Per Ende 2017 wurden die Details dieser Zusammenarbeit festgelegt. Mit der konsequenten Nutzung der jeweiligen Stärken beider Stellen können Einsparungen gezielt realisiert werden.

Programm APS2020

Über das im ISB geführte Programm «APS2020» wurde in Faktenblatt 8 und 11 ausführlich berichtet. Das Programm beinhaltet die koordinierte Migration der Arbeitsplatzsysteme (APS) der Bundesverwaltung bis ins Jahr 2020 auf die neue Betriebssystemgeneration Windows 10 sowie auf Office 2016. Wie geplant, wurde der Rollout im Juli 2017 erfolgreich gestartet und die 3. Etappe des Verpflichtungskredits in der Höhe von 16 Millionen Franken vom Bundesrat am 1. Dezember 2017 freigegeben.

Über den aktuellen Stand des Programms informiert ein periodisch erscheinender Newsletter, der im Intranet des ISB abonniert werden kann.

Programm UCC

Ende 2017 konnte das im ISB geführte Programm «Unified Communication & Collaboration (UCC)» erfolgreich und innerhalb des Budgets abgeschlossen werden. Mit der Implementierung von UCC auf über 43'000 Arbeitsplätzen hat die Bundesverwaltung die Telefonie und Informatik zusammengelegt und stellt den Mitarbeitenden neue Funktionalitäten für das mobile Arbeiten zur Verfügung. Zudem konnten mit der Einführung von UCC die Telefoniekosten des Bundes deutlich gesenkt werden.

Programm MDM

Das Programm Mobile Device Management (MDM) hat im 2017 einige Funktionserweite-

rungen, wie das Einblenden des privaten Kalenders, eingeführt. Zudem wurde der Wechsel auf den Bezug der Updates über den Public AppStore vollzogen. Die Planung sieht vor, im 2018 die mobilen Geräte des EDA und des VBS auf der Plattform zu registrieren. Weiter werden mit der Einführung eines PIN statt des Windows-Passworts auf den mobilen Geräten die Sicherheit erhöht und die Benutzung vereinfacht werden.

Identitäts- und Zugangsverwaltung IAM

Die zentrale Benutzerverwaltung des Bundes, der sogenannte «Identity Store», ist in Betrieb. Aktuell werden 20'000 Benutzer-Accounts der Büroautomation von 44 Ämtern und 16 Kommissionen automatisch bei Eintritt angelegt, bei Übertritt mutiert und bei Austritt deaktiviert. Der bundesweite Rollout wird Mitte 2018 abgeschlossen sein. Durch die Zentralisierung und Automatisierung werden die Abläufe effizienter, die termingerechte Bereitstellung der Accounts wird gewährleistet und durch die hohe Qualität der Daten wird der Supportaufwand reduziert sowie die Sicherheit generell erhöht.

Die föderativen IAM-Services werden kontinuierlich weiterentwickelt. Mit aktuell über 500 angeschlossenen Anwendungen und monatlich neuen Integrationen haben sich die föderativen Konzepte etabliert. Im Jahr 2018 liegt der Schwerpunkt der Entwicklungen auf einfachen, massentauglichen Oberflächen und Prozessen für die Endnutzenden. Dies insbesondere für Bürgerinnen und Bürger und für Firmen.

Auf Ende 2017 konnte die WTO-Beschaffung für den Aufbau eines zentralen Signatur-Servers erfolgreich abgeschlossen werden. Mit der Swisscom konnte eine erfahrene Partnerin für Signaturlösungen gewonnen werden. Im Verlauf 2018 erfolgt nun die Realisierung und Einführung der neuen Leistung.

Künftige Standarddienste:

GEVER

Am 29. Juni 2016 hat der Bundesrat beschlossen, auch die elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER) künftig zentral als SD durch das ISB zu führen, dies jedoch erst nach Einführung der neuen, einheitlichen GEVER-Lösung «Acta-Nova». Mit dem bundesweiten, von der Bundeskanzlei geführten Programm «GENOVA» soll die Einführung im März 2018 gestartet und bis



im März 2020 abgeschlossen sein. Dann wird das ISB die zentrale Führung des SD GEVER übernehmen.

CMS

Ein IKT-Standarddienst für die Webauftritte (CMS) der zentralen Bundesverwaltung soll ab 2023 im ISB geführt werden. Dies hat der Bundesratsbeschluss ebenfalls im Juni 2016 beschlossen und das ISB beauftragt, bis Ende 2017 die Teilstrategie «IKT für die Webauftritte Bund» und einen Programmantrag zur «Konsolidierung der IKT für die Webauftritte Bund» zu erarbeiten. Das Geschäft wird dem Bundesrat wie geplant Ende März 2018 unterbreitet.

Beschaffung

Ende 2017 lagen die gemäss Masterplan vorgesehenen Lieferobjekte des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL) vor und der Meilenstein konnte abgeschlossen werden. Damit wurden die Beschaffungsprozesse harmonisiert und die Hilfsmittel für die Zusammenarbeit zwischen den Bedarfs- und Beschaffungsstellen verbessert.

2.4 Studie «Erhöhte Anforderungen»

Kritische IKT-Abläufe und -Infrastrukturen müssen gerade bei der Armee, aber auch bei anderen Stellen des Bundes, in besonderen und ausserordentlichen Lagen verfügbar sein. Die geplante Studie, welche geeignete Ansätze für ein koordiniertes Vorgehen und mögliche Synergienutzung aufzeigen soll, muss aufgrund des hohen Abstimmungsbedarfs nochmals verschoben werden.

Dokumentation

[IKT-Standarddienste](#)

[Programme: APS2020, MDM, UCC](#)

[Projekt «SUPERB23»](#)

[Projekt Teilstrategie-WEB](#)

Meilensteine 2018

2018 – Q1: «IKT-Sourcing-Strategie» ist vom BR verabschiedet.

2018 – Q1: Teilstrategie «IKT für die Webauftritte Bund» ist vom BR verabschiedet.

2018 - Q1: Studie «IKT-Planung für Aufgaben mit erhöhten Anforderungen» liegt vor.

2018 – Q2: Strategie «ERP-IKT 2023» ist vom BR verabschiedet.

3. Stossrichtung 2: Steuerung und Führung der IKT

Der Schwerpunkt dieser Stossrichtung liegt in der weiteren Optimierung des IKT-Managementsystems auf Stufe Bund (Vorgaben, Integrale Planung, Architekturen usw.). Während sich der operative Alltag (Vorgaben, allgemeine Steuerung und Führung) gut eingespielt hat, mussten die Meilensteine zur Integralen Planung sowie der Weisungen zur Unternehmensarchitektur Bund wiederum verschoben werden. Mit der Harmonisierung des IKT-Portfoliomanagements und der Stammdatenverwaltung kamen neue Aufträge hinzu.



3.1 Steuerung und Führung

Harmonisierung IKT-Portfoliomanagement

Im Rahmen der Digitalisierungsdiskussion hat der Bundesrat auch über die zukünftigen Finanzierungsperspektiven für die grösseren IKT-Vorhaben beraten und sich für ein weiterhin dezentrales aber harmonisiertes IKT-Projektportfoliomanagement ausgesprochen. Darin sollen Vorgaben zum Prozess sowie einheitliche Priorisierungskriterien festgelegt werden. Er hat das ISB am 6. September 2017 beauftragt, dazu unter Einbezug der GSK die erforderlichen Anpassungen der «Weisungen des Bundesrates zu den IKT-Projekten in der Bundesverwaltung und zum IKT-Portfolio des Bundes» vorzunehmen und ihm zeitgleich mit den Weisungen zur Umsetzung der Unternehmensarchitektur bis Ende März 2018 zur Genehmigung zu unterbreiten.

Stammdatenverwaltung

Eine wichtige Voraussetzung für die Digitalisierung ist die gemeinsame Verwaltung von prozessübergreifend genutzten Stammdaten. Sie müssen harmonisiert und allen betroffenen Verwaltungsprozessen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist heute in der Bundesverwaltung erst teilweise der Fall. Wie am 6. September 2017 vom Bundesrat beauftragt, hat das ISB ihm am



20. Dezember 2017 eine erste Übersicht vorgelegt und ihm aufgezeigt, welche Stammdaten sich für eine zentrale Bewirtschaftung eignen und was zur Einrichtung einer gemeinsamen Stammdatenverwaltung vorgekehrt werden muss.

Der Bundesrat beauftragte daraufhin das ISB, u. a. bis Ende 2018 eine Datenstrategie mit den erfolgversprechendsten Umsetzungsmassnahmen zu erarbeiten. Dem Qualitätsmanagement soll dabei die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Thematik soll auch in der Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz eingebracht werden.

IKT-Vorgaben

Im 2017 hat das ISB die Prozesse und die Vorlagen für die Beantwortung der IKT-Anforderungen und die Bewirtschaftung der IKT-Vorgaben optimiert.

Die geltenden «IKT-Vorgaben Stufe Bund» sind auf dem IKT-Vorgabenportal publiziert und werden laufend aktualisiert. Seit der letzten Faktenblattausgabe neu beschlossen wurden folgende IKT-Vorgaben:

- A054 - Supportprozesse Personalwesen, V 1.3.2
- P041 - Schutzbedarfsanalyse V 4.1
- P042 - ISDS-Konzept_Risikoanalyse V4.1
- Si001 - IKT-Grundschutz V 4.1
- Si002 - Zugriffsmatrix V 4.0
- Si003 - Netzwerksicherheit in der Bundesverwaltung V 2.0

3.2 Architekturen

Weisungen Unternehmensarchitektur Bund

Die Verabschiedung der «Weisungen über die Unternehmensarchitektur in der Bundesverwaltung» wurde erneut verschoben. Da die Unternehmensarchitektur bedeutende Abhängigkeiten zum Portfoliomanagement hat, sollen die entsprechenden Weisungen dem Bundesrat Ende März 2018 zusammen mit den überarbeiteten «Weisungen zu den IKT-Projekten der Bundesverwaltung und zum IKT-Portfolio des Bundes» unterbreiten werden.

3.3 Planung

Detailkonzept «Integrale IKT-Planung»

Aus Ressourcengründen konnten die Arbeiten zur Definition und Umsetzung einer integralen IKT-Planung noch nicht gestartet werden. Ziel des Konzeptes wäre, den fachlichen und organisatorischen Ausbau der IKT-Planungstätigkeiten in der Bundesinformatik zu beschreiben.

3.4 IKT-Projekte

IKT-Schlüsselprojekte des Bundes

Projekte und Programme, die aufgrund bestimmter Kriterien eine verstärkte übergeordnete Führung, Steuerung und Koordination erfordern, werden vom Bundesrat als IKT-Schlüsselprojekte festgelegt. Bei diesen führt die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) regelmässige und systematische Prüfungen durch.

Das ISB erstellt, gestützt auf die Berichterstattung der Departemente und Ämter, zuhanden von Bundesrat und parlamentarischer Oberaufsicht (Finanzdelegation und Geschäftsprüfungskommissionen) halbjährlich einen Bericht über den Stand der IKT-Schlüsselprojekte. Damit diese Berichterstattung künftig auch Prognosen zu den Endkosten ausweist, wurden die «Weisungen zur halbjährlichen Berichterstattung über den Stand der IKT-Schlüsselprojekte des Bundes» entsprechend angepasst und per 1. Dezember 2017 in Kraft gesetzt.

Aktualisierte Liste

Seit der letzten Ausgabe des Faktenblattes wurden folgende Anpassungen an der Liste der IKT-Schlüsselprojekte vorgenommen:

Neu als Schlüsselprojekt geführt wird:

- Transformationsprogramm DaziT der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV).

Da Ende 2017 abgeschlossen, werden nicht mehr als Schlüsselprojekte geführt:

- Projekt CMS VBS (Content Management System) beim Generalsekretariat VBS (GS VBS)
- Programm UCC (Unified Communication & Collaboration) im Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB).

Zurzeit zählen 18 Vorhaben zu den IKT-Schlüsselprojekten des Bundes.



Prüfberichte der EFK

Seit März 2017 hat die EFK zu folgenden IKT-Schlüsselprojekten Prüfberichte publiziert:

- Projekt Interception System Schweiz ISS 2 - ISC-EJPD
- Programm Arbeitsplatz 2020 - ISB
- Programm Werterhalt Polycom 2030 - BABS
- Programm Betriebswirtschaftliche und Logistische Systeme der Verteidigung und der armasuisse - Armeestab
- Sonderbotschaft DaziT - EZV
- Programm FISCAL-IT - ESTV
- Projekt CMS VBS - GS-VBS
- Programm ESYSP - SEM
- Projekt DM2010 - ASTRA

Assessments: Freigabe von IKT-Grossprojekten

Die «Weisungen des Bundesrates zu den IKT-Projekten in der Bundesverwaltung und zum IKT-Portfolio des Bundes» legen fest, dass das ISB bei allen IKT-Grossprojekten in der Bundesverwaltung, d. h. bei allen IKT-Projekten mit einem Gesamtvolumen von grösser als 5 Millionen Franken, ein Assessment durchführt.

Seit Mitte 2017 hat das ISB den Stand folgender Vorhaben vor deren Freigabe geprüft und Empfehlungen abgegeben:

- CCTV-V (Überwachungssysteme V) - VBS-V
- Fachanwendung Strassenverkehrsamt der Armee (FA-SVSAA) - VBS-V
- Systèmes d'information statistique (SIS Relaunch) - BFS
- Personendatenverwaltung (DaziT-PersDa) - EZV
- Software Defined Netzwerk (SDN) - BIT
- APS2020, Etappe 3 (Harmonisierung Produktionsplattformen) - ISB

Dokumentation

[IKT-Vorgabenportal](#)

[IKT-Schlüsselprojekte](#)

[Prüfberichte der EFK](#)

Meilensteine 2018

2018 – Q1: Überarbeitete «Weisungen des Bundesrates zu den IKT-Projekten in der Bundesverwaltung und zum IKT-Portfolio des Bundes» sind verabschiedet.

2018 – Q1: «Weisungen Unternehmensarchitektur Bund» sind verabschiedet.

4. Stossrichtung 3: Erbringung der IKT-Leistungen

Diese Stossrichtung hat zum Ziel, die Leistungen der internen IKT-LE möglichst komplementär anzubieten, damit Synergien genutzt und die Betriebskosten gesenkt werden können.



4.1 Rechenzentren-Verbund

Der Bundesrat hat das Konzept «Rechenzentren-Verbund für die zentrale Bundesverwaltung» am 2. Juli 2014 genehmigt, welches künftig noch 4 Rechenzentren vorsieht, davon ein Neubau namens «CAMPUS» in Frauenfeld. Der Bau des «CAMPUS» ist im Gang und soll im 4. Quartal 2019 abgeschlossen sein.

Planung Migration RZ CAMPUS

Die Migrationsplanung für das RZ CAMPUS musste aufgrund neuer Erkenntnisse angepasst werden, was eine Verzögerung um einige Monate bedeutet. Der Abschlusstermin des Meilensteins ist neu im Q4 2018 geplant.

Betriebsmodell RZ-Verbund

Mit der Verabschiedung des «Betriebsmodells Rechenzentren-Verbund Zielbild 2020» im Februar 2017, siehe dazu Faktenblatt 11, hat der Bundesrat das ISB beauftragt, bis Ende 2019 zusammen mit den departementalen Leistungserbringern das «Zielbild Betriebsmodell RZ-Verbund 2025» auszuarbeiten. Damit sollen weitere Synergien und Kosteneinsparungen per 2025 angestrebt werden. Die Planungsarbeiten werden 2018 aufgenommen.

Serviceportfolio RZ-Infrastrukturdienste

Auch bei der Erarbeitung des «Service-Portfolios RZ-Infrastrukturdienste 2020» kam es zu Verzögerungen um einige Monate. Mit dem Portfolio sollen die Leistungen und Konditionen für RZ-Infrastrukturdienste festgelegt werden, welche bis spätestens 2020 zur Verfügung stehen.



4.2 Strategie/Architektur «Hybrid-Cloud des Bundes»

Als «Cloud Computing» wird die Bereitstellung von IKT-Infrastruktur als Dienstleistung über das Internet bezeichnet. Mit der Strategie und der Architektur «Hybrid-Cloud des Bundes», die bis Ende 2018 dem Bundesrat vorzulegen ist, will der Bundesrat festlegen, welche Anwendungen und Daten auf welchen Cloud-Infrastrukturen oder -Plattformen betrieben und verarbeitet werden («Public Clouds» bei öffentlichen Anbietern über das Internet oder «Private Clouds» innerhalb bundeseigener Rechenzentren). Dadurch soll eine flexiblere und schnellere Bereitstellung von IKT-Leistungen für die Bundesverwaltung zu marktfähigen Kosten erwirkt werden.

4.3 Netzwerksicherheitspolicy Bund

In Zusammenarbeit mit den LE und Leistungsbezüglern (LB) hat das ISB die neue Policy zur Netzwerksicherheit in der Bundesverwaltung erarbeitet. Sie regelt die Modalitäten der Zonenbildung in den Netzwerken der Bundesverwaltung und tritt am 1. Februar 2018 in Kraft.

4.4 Strategie Netzwerke

Die Strategie «Netzwerke des Bundes» soll das Portfolio der schweizweiten und überregionalen Datenkommunikationsinfrastrukturen des Bundes festlegen. Zudem soll geregelt werden, welche dieser Infrastrukturen von welchen internen IKT-Leistungserbringern zu betreiben sind und welche davon externen Leistungserbringern übertragen werden, respektive welche Datenkommunikationsdienste bundesextern bezogen werden. Die Arbeiten haben sich aufgrund zusätzlicher Anforderungen verzögert und eine Neuplanung ist im Gange.

Dokumentation

[RZ-Verbund](#)

Meilensteine 2018

2018 – Q2: Serviceportfolio RZ-Infrastrukturdienste: Umzug ins RZ CAMPUS liegt vor.

2018 – Q2: Strategie «Netzwerke des Bundes» ist verabschiedet.

Faktenblatt: bisherige Ausgaben

[Faktenblätter Nr. 1 - 11](#)

Impressum:

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB
Schwarztorstrasse 59
3003 Bern

www.isb.admin.ch , info@isb.admin.ch